Jusos in der SPD

Franziska Drohsel

Kandidatur

für das Amt der Juso-Bundesvorsitzenden

01. Oktober 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Bundeskongress in Wolfsburg bewerbe ich mich um das Amt der Juso-Bundesvorsitzenden. Mit diesem Brief möchte ich Euch einen ersten Eindruck von meinen politischen Vorstellungen und von meiner Person geben.
Politisch sind mir insbesondere die strategische Ausrichtung unseres Verbandes, die Beschäftigung mit der sozialen Frage und die Bekämpfung des Rechtsextremismus wichtig.

01. Strategische Ausrichtung

Unser Verband befindet sich in einer schwierigen Situation. Einerseits sind wir stark aufgestellt. Die Mitgliederzahlen steigen und viele aktive Mitglieder leisten auf verschiedenen Ebenen engagierte politische Arbeit. Andererseits werden wir als Jugendverband der SPD zunehmend für eine Regierungspolitik in Haftung genommen, die unseren Vorstellungen immer weniger entspricht.

Mit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition 1998 hatten wir große Hoffnungen verbunden. Die Enttäuschung war nicht nur in Teilen der Bevölkerung, sondern auch in unserem Verband sehr groß. Viele Entscheidungen wie z.B. die Beteiligung am Kosovo-Krieg oder die Hartz-Gesetzgebung haben wir vergeblich kritisiert. Nun ist die SPD Teil der Großen Koalition und die Vorhaben der Regierung, die wir begrüßen, sind noch seltener und Entscheidungen, die wir kritisieren, zahlreicher geworden. Wir haben daraus gelernt, dass allein eine Regierungsbeteiligung der SPD zur Umsetzung fortschrittlicher Politik an vielen Punkten leider nicht ausreicht.

Deshalb dürfen wir einerseits in unserem innerparteilichen Engagement dafür, dass die SPD linke Volkspartei bleibt, nicht nachlassen. Im Kampf für ein linkes Profil der SPD arbeiten wir innerparteilich mit vielen linken Genossinnen und Genossen zusammen.
In den kommenden Wahlkämpfen möchte mich dafür einsetzen, dass wir als Verband gemeinsam die wahlkampfführenden Landesverbände unterstützen und wir 2009 mit klaren linken Forderungen aktiv und offensiv für eine fortschrittliche Politik auf Bundesebene kämpfen.

Andererseits ist es aber künftig in einem höheren Maß als bisher notwendig, gesellschaftlichen Druck auf breiter Basis zu organisieren. Dafür müssen wir den Austausch mit progressiven Akteurinnen und Akteuren aus anderen gesellschaftlichen Spektren suchen und uns wieder in den Debatten und Strukturen außerhalb der Partei verankern.
Es ist Aufgabe und Chance der Jusos, als Bindeglied zwischen den linken Bewegungen und der Partei für die Idee des demokratischen Sozialismus zu kämpfen. Den Zweiklang aus Wirken in der SPD und der Beteiligung an außerparlamentarischen Bewegungen

Kontakt:
fdrohsel@web.de

kennen wir seit der Linkswende unter dem Begriff „Doppelstrategie“. Ich bin der Überzeugung, dass wir eine Erneuerung eben dieser Grundidee jungsozialistischer Strategie brauchen. Für mich ist deshalb die Entwicklung und Verfolgung einer „Doppelstrategie 2.0“ das zentrale Projekt für unseren Verband.

02. Soziale Frage

Die soziale Frage bleibt der zentrale Konflikt der Gegenwart. Es liegt auf der Hand, dass sich ein linker Jugendverband dieser Frage zu stellen hat. Die sozialen Widersprüche in der Gesellschaft verschärfen sich. Die Zahl derer, die von Armut betroffen sind, wächst. Die Arbeitslosigkeit bleibt enorm hoch und zu viele Jugendliche bekommen keinen Ausbildungsplatz. Bildungschancen bleiben in Deutschland an den sozialen Status des Elternhauses gekoppelt. Die Spaltung zwischen arm und reich wird größer.

Nie zuvor waren mehr Deutsche in der Liste der Superreichen zu finden, gleichzeitig sind die Arbeitnehmernettoeinkommen auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren gefallen und reichen häufig zum Lebensunterhalt nicht mehr aus. Das sind Tatsachen, die wir nicht akzeptieren können und dürfen!

Ein sozialer Staat muss dafür sorgen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen und Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Partizipation haben. Ein sozialer Staat muss Menschen schützen, die - aus welchen Gründen auch immer - zeitweilig oder länger an den Anforderungen der gegenwärtigen Leistungsgesellschaft scheitern. Ein sozialer Staat muss auch dafür sorgen, dass für beide Anforderungen genug Geld in der Kasse ist und durch Umverteilung sicherstellen, dass starke Schultern tatsächlich auch finanziell mehr tragen als schwache.

Struktur und Leistungen des Sozialstaats müssen darüber hinaus an die Veränderungen der Arbeitsgesellschaft angepasst werden. Angesichts unterbrochener Erwerbsbiographien, unbezahlter Praktika und prekärer Beschäftigungsverhältnisse müssen insbesondere junge Menschen vor den sozialen Risiken, die damit einhergehen, abgesichert werden. Ein Instrument hierfür ist die Arbeitsversicherung, für die wir uns lange eingesetzt haben und die sich nun auch im SPD-Grundsatzprogramm wiederfindet.

Aktive soziale Gestaltungspolitik ist ohne die Instrumente der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht möglich. Die aggressive neoliberale Kritik an den angeblich ausufernden Staatsaufgaben und der zunehmende Privatisierungswahn von den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bis hin zur Müllabfuhr gefährden die soziale Schutz- und Ausgleichsfunktion des Staates und beschädigen dauerhaft die Handlungsoptionen sozialer Politik. Diesem Trend müssen wir etwa im Europawahlkampf entgegentreten. Offensiv für einen auch wirtschaftlich präsenten sozialen Staat auf allen Ebenen von der Kommune bis zur Europäischen Union zu kämpfen, ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

Als sozialistischer und feministischer Richtungsverband müssen wir uns der Debatte um die Zukunft der Arbeit stellen. Ziel muss es sein, dass alle Menschen, die dies wollen, einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Dazu muss die vorhandene Arbeit besser verteilt werden. Dabei dürfen jedoch die Bedingungen, unter denen Menschen arbeiten, nicht vergessen werden. 15-Stunden-Arbeitstage bei den Auszubildenden oder eine Bezahlung von 4,50 € pro Stunde sind Bedingungen, die in einem reichen Industriestaat beschämen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Gestaltung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen sind Aufgaben, an denen wir in den nächsten Jahren weiterarbeiten und bei denen wir in solidarischer Zusammenarbeit vor allem mit den Gewerkschaften noch mehr Druck auf die Politik ausüben müssen.

03. Bekämpfung des Rechtsextremismus

Besonders wichtig ist mir der aktive und entschlossene Kampf gegen den Rechtsextremismus. Es gibt inzwischen Gegenden in Deutschland, in denen der Neonazismus hegemonial geworden ist. Rechtsextreme Gewalttaten sind an der Tagesordnung, nur selten dringt eine Tat in die Wahrnehmung der breiten Bevölkerung.

Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sind weiter in der Gesellschaft verankert, ihre Akzeptanz steigt von Umfrage zu Umfrage. Dass in Sachsen die NPD die SPD in Meinungsumfragen zeitweilig überholt hatte, muss uns Jusos alarmieren und fordert unsere Solidarität mit all jenen, die sich dem Rechtsextremismus entgegenstellen. Die sporadisch medial inszenierten öffentlichen Debatten bleiben zwischen Betroffenheitskult und skrupelloser Verharmlosung bei weitem zu oberflächlich. Was wir brauchen, ist die Verständigung über eine wirksame Strategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus und den politischen Willen, eine solche Strategie konsequent umzusetzen.

Dazu gehört erstens auf der Aufklärungsebene eine deutliche Brandmarkung rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Gedankenguts, unabhängig davon, ob es um die Parolen von Neonazis oder um den Populismus „etablierter“ Politiker geht. Zweitens ist auf der Förderungsebene eine konsequente, langfristige und finanziell abgesicherte Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements und alternativer Jugendprojekte zu leisten. Und drittens gilt es, repressive Instrumente im Kampf gegen den Rechtsextremismus konsequent zu nutzen.

04. Zur Person

Ich bin 27 Jahre alt, in Berlin geboren und aufgewachsen und habe dort Jura studiert. 2005 habe ich das erste Juristische Staatsexamen gemacht und promoviere derzeit über ein Thema zur Koalitionsfreiheit.
Daneben arbeite ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität.

Seit 1995 bin ich bei den Jusos aktiv, habe in verschiedenen Themenbereichen und Funktionen gearbeitet und bin seit März 2006 Landesvorsitzende der Berliner Jusos.

Sehr gerne möchte ich mit Euch in den kommenden Wochen über unsere künftige Arbeit diskutieren und mich bei Euch in den Landesverbänden und Bezirken vorstellen.
Am besten und schnellsten erreicht Ihr ich mich per Mail unter fdrohsel@web.de.

Mit sozialistischen Grüßen